

# Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **01.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

## BÜRGERLICHE ZERREISSPROBE IM WAHLJAHR

Das eidgenössische Wahljahr 2003 ist längst lanciert. Die Medien haben ein Drehbuch gezimmert, das sich nun in einer kollektiven Inszenierung wie eine Schicksalstragödie aus dem frühen 19. Jahrhundert abspielen soll. Die Rollen sind verteilt: Der FDP werden die wirtschaftlichen Fehlschläge zur Last gelegt und gleichzeitig die wirtschaftspolitische Kompetenz abgesprochen; die CVP ist als Verliererin bereits abgestempelt, einer ihrer Bundesratssitze wird zur Disposition gestellt; die SP bleibt als Hüterin des «Service public» ungeschoren; und die SVP spielt nicht nur den bereits feststehenden Sieger, sondern mischt sich auch immer wieder in Dramaturgie und Regie ein. Politische Inhalte sind lediglich in Form oberflächlicher und polemischer Schlagworte gefragt. So ist etwa «Abzocken» zum Modewort geworden, allerdings nur im Zusammenhang mit «der Wirtschaft»; auf die Verursacher öffentlicher Defizite und Schuldenberge zugunsten einer weitläufigen Klientelwirtschaft wird es dereinst als Bumerang zurückfallen.

Die erbittertsten Kämpfe finden freilich nicht an der Front ausufernder Staatstätigkeit statt, sondern mitten im breiten Spektrum bürgerlicher Politik, das eine solide Mehrheit ergäbe, wenn der Vorteil einer gemeinsamen Basis nicht allzu oft mutwillig verspielt würde. Vom rechten Rand aus sieht man natürlich alles links, und die Versuchung, sich mit einer verschworenen Gemeinschaft in einer Wagenburg zu verschanzen und medienwirksam den Kampf aller gegen alle zu erklären, ist leider attraktiv. Wenn der Parteipräsident der SVP darauf hinweist, dass in keinem vergleichbaren Land die Staatsquote in den letzten Jahren so stark erhöht wurde wie in der Schweiz, so hat er recht; wenn er die Missstände dem Bundesrat und der Parlamentsmehrheit zuschreibt, und der eigenen Partei zugute hält, sie hätte immer wieder Nein gesagt, betreibt er jedoch üble Geschichtsklitterung. Das Nein-Sagen der SVP ist überaus selektiv, es hat sich beispielsweise beim Bundesbudget für 2003 auf symbolische Kürzungsanträge im Kultur-, Asyl- und Entwicklungshilfebereich im Gesamtbeitrag von weniger als einem Budgetprozent beschränkt, zur Hälfte überdies kompensiert durch Anträge auf Mehrausgaben im Strassenbau. Der Sozialstaat ist in den letzten Jahren mit breiter öffentlicher Unterstützung weiter ausgebaut worden, gelegentlich

etwas gebremst, aber nie wirklich in Frage gestellt, auch nicht von der SVP.

Woran kranken die bürgerlichen Parteien in Wirklichkeit? Die Differenzen zwischen eher Liberalen und eher Konservativen in der Aussen- und Sicherheitspolitik oder in gesellschaftspolitischen Fragen sind letztlich nicht matchentscheidend. Es sind die alten weltanschaulichen Fragestellungen, die zu einer radikalen Neubesinnung und zu Kurskorrekturen führen müssten: Welches Gewicht kommt der Freiheit und Verantwortung der Individuen als Bürger und als wirtschaftlich handelnde Personen und Gesellschaften, und welches dem Staat als ordnendem, schützendem, ausgleichendem und ebenfalls wirtschaftlich handelndem Kollektiv zu? Der nach den wirtschaftlichen Erschütterungen selbst in bürgerlichen Kreisen zu hörende Ruf nach dem Primat der

*Der Sozialstaat ist weiter  
ausgebaut worden, aber nie wirklich  
in Frage gestellt.*

Politik und die Mythifizierung des *service public* haben zu Verunsicherungen geführt, die der SP ein leichtes Spiel verschaffen. Diese Herausforderung hat die SVP zweifellos am besten erkannt und effektiv formuliert.

Die Korrekturen an einer politischen Wachstumsdynamik, die ein stetiges *social engineering* erlaubte, werden schmerzhaft und unpopulär sein. Die direkte Demokratie hat zwar den Ausbau staatlicher Befugnisse und Aktivitäten immer stärker gebremst als die in den umliegenden Ländern regierenden Parlamente. Aber die direkte Demokratie bremst eben auch dann, wenn Besitzstände angetastet werden. Und wie leicht Wehleidigkeit in emotionale Kampagnen ausarten kann, haben wir inzwischen erfahren. Deshalb kann der Kampf gegen die schleichende Überforderung des Staates nicht mit Dreschflegeln und Morgensternen und auch nicht in Alleingängen geführt werden. Wenn er glaubwürdig sein soll, müsste er von allen bürgerlichen Kräften gemeinsam mit Umsicht, Sensibilität und Augenmass, aber beharrlich und konsequent geführt werden. ♦